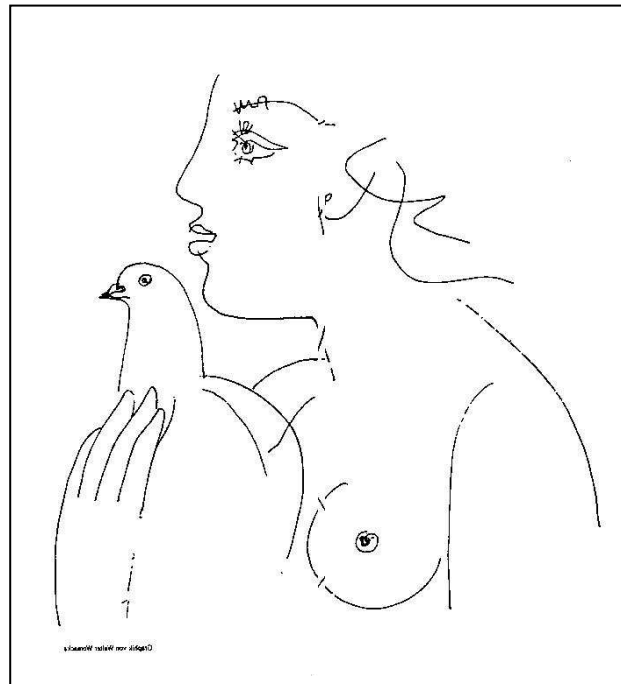


# Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der  
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 78



## Geschichtspolitik in internationaler Dimension – eine Herausforderung auch für die Friedensbewegung

von

Dr. Ulrich Schneider

Generalsekretär der Internationalen Föderation der Wider-  
standskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten,  
Bundessprecher der VVN-BdA

Redaktionsschluss: 19.12.2010

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de) Homepage: [www.gbmev.de/](http://www.gbmev.de/)

Der nachfolgende Text wurde als Vortrag für den 16. Kasseler Friedensratschlag im Dezember 2009 konzipiert und nach der Diskussion im Forum um einige Passagen ergänzt. Zur Drucklegung in dieser Broschüre sind einige neuere Entwicklungen hinzugefügt worden. Die prinzipiellen Einschätzungen haben sich dadurch in keiner Weise verändert.

U. Schneider

(Historiker - zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des antifaschistischen Widerstands, zum KZ Buchenwald, zu Geschichtspolitik und Neofaschismus heute.)

## 1. Geschichtsrevision heute

Ein zentrales Feld der ideologischen Auseinandersetzung auch in der Friedensfrage ist die Geschichtspolitik. Diese Aussage ist sofort nachzuvollziehen, wenn man daran denkt, dass die propagandistische Legitimation von Kriegszielen oftmals mit Verweis auf historische Rechte oder „angestammte Siedlungsgebiete“ verbunden ist. Geschichtliche Veränderungen werden in diesem Rahmen in der Regel nicht als Fakten zur Kenntnis genommen, vielmehr werden daraus Ansprüche auf Revision abgeleitet.

Eine zweite Dimension der Geschichtspolitik in friedenspolitischer Hinsicht ist die Umwertung bzw. Neubewertung jener historischer Ereignisse und Erfahrungen, die Formen aggressiver Kriegspolitik entgegenstehen könnten. In diesem Zusammenhang sei nur an die perfide „Auschwitz-Lüge“ des damaligen grünen Außenministers Fischer erinnert, der von der Verhinderung eines neuen Auschwitz und von Konzentrationslagern im Kosovo gesprochen hat, als er den ersten Angriffskrieg der Bundeswehr seit ihrer Gründung gegen das damalige Jugoslawien legitimieren wollte.

An diesem Beispiel wird bereits sichtbar, dass die Instrumentalisierung von Geschichte nicht allein mit Geschichtsrevisionismus neofaschistischer Spielart zu tun hat, sondern durchaus Bestandteil des etablierten Geschichtsdiskurses sein kann.

Und mit diesem soll sich der nachfolgende Beitrag genauer auseinandersetzen.

Natürlich soll nicht vergessen werden, dass offene Auschwitzleugnung bis heute in den neofaschistischen Strukturen anzutreffen ist. Zwar gibt es mittlerweile in zahlreichen Ländern Europas Gesetze, die Auschwitz-Leugnung als Straftatbestand behandeln und Organisationen, Personen und Ideologiekreise, die solche Thesen vertreten, der Strafverfolgung unterwerfen. Dennoch finden solche Thesen über internationale elektronische Medien und durch extrem rechte Netzwerke weiterhin Verbreitung. Aus der etablierten deutschen Wissenschaft hat sich jedoch nur Prof. Ernst Nolte offen auf die Seite von Geschichtsrevisoren gestellt, als er deren „Zweifel“ an Auschwitz und den Opferzahlen als wissenschaftlich legitim anerkannt hatte.

Rechtskonservative Kreise in Deutschland gehen geschichtspolitisch einen anderen Weg, wobei sie durchaus ideologische Schnittmengen mit neofaschistischer Geschichtsrevision aufweisen. Augenfällig ist die Übereinstimmung im Zusammenhang mit dem „deutschen Opfermythos“, der bezogen auf die Ergebnisse des Luftkriegs im Zweiten Weltkrieg konstruiert wurde. Vorreiter dieser Thesen im etablierten Spektrum war Jörg Friedrich mit dem Buch „Der Brand“, in welchem in apologetischer Weise die Voraussetzungen der Bombardierungen deutscher Städte im Zuge des Krieges behandelt wurden, um anschließend das maßlose Leid der Bevölkerung und die Zerstörungen der deutschen Städte in den Mittelpunkt der Darstellung rücken zu können. Ohne das Leid der Bombenopfer und ihrer Angehörigen relativieren zu wollen, so kann und darf nicht übersehen werden, dass die faschistische Kriegspolitik, die von der deutschen Bevölkerung bis zum letzten Tag unterstützt, zumindest jedoch widerspruchslos hingenommen wurde, die Voraussetzung für diese Bombardierungen war. Neofaschistische Gruppen knüpfen seit einigen Jahren an diesem ideologischen Konstrukt an und organisieren „Trauermärsche“. Der bekannteste davon ist der internationale Naziaufmarsch zum 13. Februar in Dresden, bei dem in den vergangenen Jah-

ren mehrere Tausend Nazis unterschiedlicher Organisationen sich unter dieser geschichtsverfälschenden Losung vereinigten. Die erfolgreiche antifaschistische Verhinderung dieses Aufmarsches im Jahr 2010 war zwar ein wichtiges Zeichen gegen neofaschistische Aktivitäten, ändert jedoch nichts an der ideologischen Wirksamkeit solcher geschichtspolitischen Konstrukte.

Eine andere Form der „Entsorgung von Geschichte“ findet sich im politischen Konzept der „Versöhnung über den Gräbern“, das auch von der gegenwärtigen Bundesregierung praktiziert wird. Hatte die Peinlichkeit des Händedrucks von Ronald Reagan und Helmut Kohl über den Gräbern der SS in Bitburg noch heftige Proteste ausgelöst, so können insbesondere die Präsenz der Bundeswehr anlässlich der Feierlichkeiten zum D-Day am 6. Juni in Frankreich oder die Teilnahme der Bundeskanzlerin Merkel am diesjährigen 11. November Gedenken in Frankreich (Sieg über Deutschland im Ersten Weltkrieg) als Zeichen der erfolgreichen Durchsetzung dieses geschichtspolitischen Kurs gewertet werden, der unter dem Schlagwort der „Versöhnung“ die Ursachen von Kriegen, deren Opfer und deren Profiteure aus dem Blick nimmt.

Auch wenn es mit ähnlichen Wörtern agiert, so hat doch das „Versöhnungs“-Konzept des geplanten Zentrums gegen Vertreibung in Berlin eine ganz andere Konnotation. Hier geht es nicht um gleichberechtigtes Verdrängen von Kriegserfahrungen, sondern um die ideologische Rehabilitierung der faschistischen Expansionspolitik und die Aufrechterhaltung der territorialen und politischen Ansprüche der „Vertriebenenverbände“. Selbst Konflikt um die Personalie „Erika Steinbach“ hat dabei wenig mit der Person der CDU-Bundestagsabgeordneten zu tun, es ist vielmehr ein Ringen des Bundes der Vertriebenen um ihren Anspruch auf die Geschichtspolitik der Bundesregierung.

Die auffälligste Veränderung findet man in der Reaktivierung der Ideologie des Kalten Krieges, der Totalitarismus-Doktrin

für geschichtspolitische Zwecke. In einer neudeutschen Formulierung könnte man auch davon sprechen „Antikommunismus reloaded“, ist doch das Konzept der Gleichsetzung von faschistischer Herrschaft und sozialistischen Versuchen insbesondere in den Ländern Osteuropas in seiner Konsequenz nichts anderes als eine Verharmlosung der faschistischen Verbrechen und ein Verfälschung der geschichtlichen Perspektive auf die Rahmenbedingungen derjenigen Staaten, die einen sozialistischen Entwicklungsweg gegangen sind.

## **2. Die Veränderung der Geschichtsperspektive**

Diese neue Gesichtssicht entwickelte sich im Gefolge des Zusammenbruchs der sozialistischen Staaten und – in Deutschland – mit dem Anschluss der DDR an die BRD.

Die zentrale geschichtspolitische Vorgabe dieses Prozesses aus bundesdeutscher Perspektive war die Abwicklung des DDR-Antifaschismus und aller damit verbundenen Aspekte des gesellschaftlichen Geschichtsbildes mit dem Ziel der ideologischen Delegitimierung der DDR.

Es ist hier weder Platz noch Notwendigkeit, diesen geschichtspolitischen Kahlschlag detailliert nachzuzeichnen. Zu nennen wären die Entfernung von Erinnerungsorten aus dem öffentlichen Raum, die Eliminierung von Namen antifaschistischer Widerstandskämpfer von Straßenschildern und öffentlichen Gebäuden sowie die Umstrukturierung von musealen Einrichtungen. Besonders deutlich wurde diese Veränderung des Geschichtsbildes im Umgang mit den Gedenkort an faschistische Verbrechen, insbesondere den KZ Gedenkstätten. Es reichte den politisch Herrschenden nicht, dass die DDR-Sicht aus den Darstellungen verbannt wurde, vielmehr sollte an „Orten mit doppelter Vergangenheit“, also Einrichtungen, in denen sowjetische Internierungslager bestanden, der Opfer des Faschismus gemeinsam mit den „Stalinismus – Opfern“ gedacht werden. In Buchenwald und Sachsenhausen wurden dafür sogar eigene Museen eingerichtet. Dass diese „doppelte Vergan-

genheit“ nicht für Dachau und Esterwegen oder andere Einrichtungen in der alten BRD gilt, in denen ebenfalls alliierte Internierungslager betrieben wurden, kann nur denjenigen überraschen, der tatsächlich meint, bei dem Konstrukt einer „doppelten Vergangenheit“ handele es sich um ein geschichtswissenschaftliches Konzept. Am Beispiel den „Roten Ochsen“ in Halle oder des „Gelben Elends“ in Bautzen wird deutlich erkennbar, dass mit Hinweis auf die fortgesetzte Nutzung dieser Haftstätten zu DDR-Zeiten die Erinnerung an die NS-Opfer – die in großer Zahl politische Widerstandskämpfer waren – und die Verbrechen des deutschen Faschismus überlagert wird.

Als Anfang der 90er Jahre die ersten Versuche in dieser Hinsicht stattfanden, hatte sich das Europäische Parlament noch deutlich antifaschistisch positioniert, so beim Beschluss, den 27. Januar, den Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die sowjetische Armee, zu einem europäischen Gedenktag für alle Opfer faschistischer Verfolgung zu machen oder bei der einstimmig verabschiedeten Entschließung von 1993 über die Bewahrung der historischen Orte der faschistischen Verfolgung und Vernichtungspolitik. In diesem Dokument wurde ausdrücklich die „Amalgamisierung“, die Verbindung des Gedenkens an faschistische Verbrechen mit der Erinnerung an andere Formen politischen Unrechts abgelehnt.

### **3. Geschichtspolitik in Europa**

Doch diese klare Position wurde seit Mitte der 90er Jahre politisch in Frage gestellt. Schritt für Schritt zerstörten rechtskonservative Kräfte in Europa diesen antifaschistischen Konsens. Treibende Kraft dieser Offensive waren und sind die Europäische Volkspartei (EVP) und deren deutsche Ableger CDU/CSU. Schon auf dem 16. Kongress der EVP im Februar 2004 wurde unter der Überschrift „Verurteilung des totalitären Kommunismus“ eine Resolution verabschiedet, die die Durchsetzung der Totalitarismus-Doktrin als strategisches Ziel bis 2009 forderte. In geschichtsrevisionistischer Form wurde hierin

über Faschismus und kommunistische Herrschaft als „zwei gleich inhumane totalitäre Regime“ gesprochen. In der Beschreibung werden Konzentrationslager und rassistischer Völkermord als typische Merkmale kommunistischer Herrschaft genannt. Als Gegenpol zum 27. Januar wird ein „europäischer Gedenktag für die Opfer des Kommunismus“ gefordert. Während einerseits die finanziellen Mittel für den Erhalt der KZ-Gedenkstätten begrenzt wurden, forderte die EVP die Errichtung eines europäischen Forschungs- und Dokumentationszentrums sowie ein zentrales Mahnmal für die „Opfer des Kommunismus“ – finanziert durch die EU. Und gemäß dieser Vorgabe organisierten die Vertreter der EVP in allen europäischen parlamentarischen Strukturen Beschlussfassungen, in denen sie diese politische Option „mit Leben füllten“.

Es begann 2005 mit den Gedenkfeiern zum „60. Jahrestag des Kriegsendes“ im Europäischen Parlament. Ohne öffentlichen Widerspruch erklärte der Parlamentspräsident Josep Borrell am 9. Mai, vielen habe der 8. Mai 45 noch keinen Frieden gebracht, nun sei er froh, auch Staaten in der EU zu haben, die einst „Geiseln von Jalta“ gewesen seien.

16 EU-Abgeordneten der Linken protestierten gegen diese Sicht auf die Befreiung vom Faschismus, die auch in einer Resolution des Auswärtigen Ausschusses zum Ausdruck kam: „Die Erklärung bezeichnet die Befreiung der osteuropäischen Länder als Besatzung. Damit leistet sie der Wiederbelebung von Symbolen des Hitler-Faschismus in den Ländern Ost- und Mitteleuropas Vorschub, stimmt der Politik der baltischen Regierungen zu, die Antifaschisten verfolgen und Kollaborateure der SS hochleben lassen, spendet einer Politik Beifall, der zufolge in Deutschland und Österreich die Deserteure der deutschen Armee als ‚nationale Schande‘ betrachtet werden, während Faschisten als ‚Nationalhelden‘ materiell und moralisch rehabilitiert werden.“

Keinerlei Zurückhaltung legten sich die rechts-konservativen und reaktionären Vertreter in der parlamentarischen Versammlung des Europarates im Januar 2006 auf, als sie mehrheitlich

eine Resolution unter dem Titel „Über die Notwendigkeit der internationalen Verurteilung der Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime“ durchsetzten. Vorgeschlagen wurden dabei „nationale Komitees“ zur Durchführung antikommunistischer „Aufklärungskampagnen“. Außerdem sollten „Kommissionen zur Untersuchung der Verbrechen des Kommunismus“ in allen europäischen Ländern eingerichtet werden, deren einziges Ziel die Delegitimierung sozialistischer Ideen und Orientierungen sein konnte. Zwar erhielt dieser Text aus formalen Gründen keine rechtliche Bindung, aber die Repressalien (bis hin zur Illegalisierung) gegen kommunistische Organisationen in Tschechien und Ungarn in den folgenden Monaten zeigten, dass diese Angriffe nicht allein auf ideologischer Ebene erfolgen. Dass in dieser Zeit auch faschistische Organisationen bzw. deren Auftritte in den beiden Ländern verboten wurden, galt als Beleg, dass man sich doch gegen „Totalitäre von links und rechts wehre“.

Einen weiteren ideologischen Vorstoß lancierten diese Kräfte im Sommer 2008 mit einem Antrag im Europäischen Parlament, den 23. August zum „Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ zu erklären. Im April 2009 wurde darüber abgestimmt und mit 553 gegen 44 Stimmen bei 33 Enthaltungen beschlossen. Im gleichen Atemzug winkte das Europäische Parlament auch noch das letzte Projekt der EVP von 2004 durch, nämlich die Schaffung einer „Gesamteuropäischen Gedenkstätte für die Opfer aller totalitären Regime“ und die Errichtung einer „Plattform für das Gedächtnis und das Gewissen Europas“ und eines gesamteuropäischen Dokumentationszentrums, was bedeutet, dass diesen Projekten zukünftig erhebliche finanzielle Mittel der EU zufließen sollen.

Diese Resolution ist ein ideologischer Generalangriff auf das historische Fundament der europäischen Nachkriegsentwicklung. In der Resolution heißt es wörtlich: „Europa benötigt eine gemeinsame Sicht seiner Geschichte und muss Kommunismus, Nazismus und Faschismus als ‚gemeinsames Vermächtnis‘ anerkennen.“ Faktisch geht es jedoch nicht um ein „gemeinsames



Vermächtnis“, sondern um die Ideologie des „Kalten Krieges“, die Totalitarismusthese. In der Konsequenz bedeutet dies nicht nur eine historisch falsche Gleichsetzung zwischen faschistischer Herrschaft und verschiedenen sozialistischen Herrschaftsformen, sondern eine Umkehrung der politischen Gewichtungen und damit eine Verharmlosung und Relativierung der faschistischen Vernichtungspolitik.

Ausgehend von diesem Beschluss brachten Litauen und Slowenien in die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zum 3. Juli 2009 eine Resolution über „die Wiedervereinigung des geteilten Europas“ ein. Dort heißt es, Europa habe im 20. Jahrhundert „zwei große totalitäre Regime, das nationalsozialistische und das stalinistische, erlebt, die Völkermord, Verletzungen der Menschenrechte und Freiheiten, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit brachten“. Damit werden der faschistische Massengenozid und die zweifellos als Verbrechen zu charakterisierenden Ungesetzlichkeiten in der stalinistischen Periode undifferenziert auf die gleiche Stufe gestellt. Gleichzeitig wurde in der Resolution in völliger Verkehrung geschichtlicher Tatsachen der Sowjetunion die gleiche Verantwortung an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges zugewiesen wie Hitler-Deutschland.

Gegen den ausdrücklichen Protest Russlands und die Stimmen von etwa einem Drittel der Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung wurde die Resolution durchgesetzt. Es ging den Initiatoren offenkundig nicht um einen möglichst breiten politischen Konsens, sondern um die Etablierung eines reaktionären Geschichtsbildes – geprägt von Totalitarismuskonstruktion und Geschichtsverfälschung – in Europa.

Die Instrumentalisierung der europäischen Ebene für Geschichtsverfälschung wird kontinuierlich betrieben. Das jüngste Beispiel ist ein Vorstoß der Außenminister von Litauen, Lettland, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und der Tschechischen Republik, die in einem gemeinsamen offiziellen Brief vom

14. Dezember 2010 an die EU-Justizkommissarin Viviane Reding forderten, „öffentliche Billigung, Leugnung und Verharmlosung von totalitären Verbrechen“ künftig zu bestrafen.

Ausdrücklich wird dieses Schreiben damit begründet, dass bislang „nur“ die Leugnung des Holocausts in verschiedenen Europäischen Ländern (- übrigens nicht einmal in allen sechs Initiativ-Ländern) strafbar sei. Auch dieser Vorstoß geht zurück auf die „Prager Erklärung zum Gewissen Europas und zum Kommunismus“ vom Juni 2008, aus der sich die Forderung, den 23. August zum „Gedenktag gegen Totalitarismus“ zu erklären, ableitete.

Solche Beispiele verdeutlichen, dass sich die Akteure der Geschichtsrevision - insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Ländern in Übereinstimmung mit den ideologisch und politisch hegemonialen Kräften in der EU wähen können. Sie verstehen sich als Teil des rechten ideologischen Mainstreams. Eine besondere Rolle spielen in dieser Politik die baltischen Staaten. Dort wird seit gut 15 Jahren offene Revision der Geschichte betrieben. Dabei bezieht sich diese unverblümt auf faschistische Propaganda-Topoi. Anknüpfungspunkt in den drei Staaten ist das gesellschaftliche Selbstbild einer seit Jahrhunderten besetzten Region - zuerst von Polen, dann von Russland, Deutschland und später der Sowjetunion. Dass die eigenen nationalen Regierungen keinesfalls ein Urbild von Demokratie waren, fällt dabei nicht ins Gewicht. Auch nicht die Tatsache, dass sich in den baltischen Staaten zahlreiche Kollaborateure an der faschistischen Vernichtungspolitik und der Partisanenkämpfung beteiligten. Die Partisanen jedoch, die an der Seite der sowjetischen Streitkräfte für die Befreiung vom Faschismus kämpften, werden heute als Vorkämpfer einer sowjetischen Besetzung und als „Erfüllungsgehilfen des Bolschewismus“ denunziert. Im Folgenden einige Beispiele:

Estland ist besonders rührig, wenn es um die Rehabilitierung der SS geht, gab es doch eine eigene estnische SS-Division. Nach einigem politischen Streit wurde 2005 - trotz internatio-

nalere Proteste – ein Ehrenmal für die „kühnen Kämpfer der 20. SS-Division“ durch das „Museum für den Kampf zur Befreiung Estlands“ errichtet. Zudem finden regelmäßig Treffen zu Ehren der SS statt. Am 20. August 2006 marschierten etwa 300 estnische, belgische und holländische SS-Angehörige, aber auch junge „Skinheads“ in Sinimae zu Ehren der 20. SS-Division auf. Die Teilnehmer weihten weitere Denkmäler für SS-Angehörige aus Belgien und den Niederlanden ein. Während dieser Zeremonie wurde die Flagge der Niederlande am Denkmal der holländischen SS gehisst. Die belgische Nationalflagge durfte nicht entfaltet werden. Belgiens Botschafter in Estland hatte dies mit der Begründung untersagt, dass „die Belgier, die in Estland gekämpft hatten, als Verräter betrachtet werden, die Teil der Nazi-Kollaboration bilden“. Anders die Haltung des estnischen Parlamentsabgeordneten der rechts-nationalen Partei Vaterlandsunion, Trivimi Velliste. Er erklärte, dass „die Esten nicht vergessen sollten, dass vom historischen Gesichtspunkt Estland immer zwei Feinde hatte: Russland und Deutschland“. 2008 marschierten 800 Veteranen, auch aus Dänemark und Norwegen, und ihre Nazianhänger in Sinimae auf. Diesmal übermittelte der estnische Verteidigungsminister ein Grußschreiben und Trivimi Velliste forderte, das Parlament solle den SS-Angehörigen offiziell den Status von „Freiheitskämpfern“ geben und sie auf die gleiche Stufe mit den Teilnehmern des Befreiungskampfes 1918-1920 stellen.

Internationale Aufmerksamkeit fand die gewaltsame Umsetzung des sowjetischen Ehrenmals zur Befreiung Estlands, des „Bronze Soldaten“, aus dem Stadtzentrum von Tallinn. Obwohl der Staatspräsident offiziell ein entsprechendes Gesetz ablehnte und eine internationale Öffentlichkeit bis hin zum UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon gegen diese Denkmalschändung protestierte, setzten staatliche Stellen den Abriss in der Innenstadt mit der Begründung durch, das Denkmal stehe für „russische Besatzung“. Tagelange Auseinandersetzungen waren die Folge. Die russische Bevölkerung in Estland wertete dies zu recht als Diffamierung der Rolle der sowjetischen Streitkräfte

bei der Befreiung vom Faschismus und als Ausdruck anti-russischer Ressentiments.

Dass es sich bei diesen Maßnahmen nicht um individuelle Entscheidungen lokaler Behörden handelte, zeigte sich anlässlich des 8. Mai 2010 im widersprüchlichen Verhalten des estnischen Präsidenten Toomas Hendrik Ilves. Zuerst würdigte er in Estland auf einer Veranstaltung zu Ehren der estnischen „Freiheitskämpfer“ die SS-Freiwilligen als „Kämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit Estlands“, dann fuhr er nach Moskau zur Gedenkfeier am 9. Mai 2010, auf der an die militärische Niederbringung der verbrecherischen faschistischen Truppen, insbesondere der SS, erinnert wurde.

In Lettland konnte Erzbischof Janis Vanags unhinterfragt behaupten, die lettische Waffen-SS habe „mit dem Gewehr in der Hand versucht, den Einfluss der sowjetischen Truppen zu stoppen.“ So wurden aus Kriegsverbrechern und Kollaborateuren des Faschismus „Helden der nationalen Befreiung“. Zur gleichen Zeit verurteilte der Oberste Gerichtshof in Riga den ehemaligen lettischen Partisan Wassili Kononow wegen angeblicher Kriegsverbrechen. Das Verfahren, das sich seit 1998 durch mehrere Instanzen zog, zielte auf eine Kriminalisierung des Befreiungskampfes der lettischen Partisanen an der Seite der sowjetischen Armee. Erst der Europäische Gerichtshof hob im Juni 2008 dieses Skandalurteil auf und sprach Kononow eine Entschädigung für erlittenes Unrecht zu. Die lettische Justiz focht diesen Freispruch an. Der Fall wurde an die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Strasbourg verwiesen, die im Mai 2010 zugunsten Lettlands entschied. Die Konsequenzen dieses Urteils sind weit mehr als individueller Natur, wie Rudolf Tichoja, ein russischer Staatsrechtsprofessor, kommentierte: Der „Kampf gegen die Kollaborateure war stets ein rechtmäßiger Teil des Krieges ... Die Entscheidung des Gerichtshofes in Strasbourg schafft einen sehr gefährlichen Präzedenzfall für die Nutzung der Justiz ... als Instrument der heutigen aktuellen Politik zwecks einer Revision der Politik der Vergangenheit“

Rehabilitierung und Glorifizierung der Kollaborateure und der SS gehen jedoch weiter. Seit Jahren organisieren Angehörige von SS-Verbänden und Neofaschisten am 16. März in Riga Aufmärsche zum „Befreiungstag“ zu Ehren der Waffen-SS als „nationale Befreier Lettlands“. 2009 rührte sich zum ersten Mal internationaler Protest. Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) wendete sich an die lettische Regierung, Vertreter der EU wurden bei lettischen Stellen vorstellig. In Riga selbst wurden Proteste angekündigt. In der Folge wurde dieser Aufmarsch zwar offiziell verboten, konnte jedoch unter dem Schutz der Polizei am 18. März dennoch stattfinden. Und auch im 65. Jahr der Befreiung vom Faschismus konnte der Aufmarsch – SS-Verbrecher gemeinsam mit lettischen Neofaschisten – mit behördlicher Genehmigung stattfinden. Antifaschistische Proteste wurden dagegen verboten. Und um dieses Verhalten auf die Spitze zu treiben, wurden außerdem öffentliche Gedenkveranstaltungen russischer Veteranen zum 9. Mai 2010 verboten.

Unter diesen Voraussetzungen war die Entscheidung des lettischen Parlaments im April 2010 nur konsequent, die mit großer Mehrheit einen Antrag der Oppositionspartei „Einheitszentrum“ ablehnte, den sowjetischen antifaschistischen Veteranen den offiziellen Status eines Teilnehmers des Zweiten Weltkrieges zuzuerkennen. Der Status eines Teilnehmers des Zweiten Weltkrieges kommt den Bürgern der Baltischen Republik zu, die von 1940 an gegen die „Besatzungstruppen“ in ihrem Land gekämpft hatten. Viele ehemalige Legionäre der Waffen SS sind Träger des Status. Sie erhalten vom Staat monatliche Zuschüsse von 50 Lat (100 US-Dollar). Die sowjetischen antifaschistischen Veteranen genießen dagegen keine Sozialleistungen in Lettland.

Ein ähnliches Verhalten gegenüber Kollaborateuren der faschistischen Herrschaft findet man in Litauen. Während faschistische Täter, wie die Bataillone der litauischen Polizei unter dem Kommando von Major Antanas Impulevicius, die in Weißrussland Verbrechen begingen, unbehelligt blieben, entfachten Rechtskräfte eine politische Kampagne gegen vier ehemalige

jüdische Partisanen. Diese hatten sich bewaffnet gegen die faschistische Okkupation und die Kollaborateure gewehrt. Der Vorwurf lautete: „Verbrechen an Litauern“. Und die Justiz reagiert mit einem „antitotalitären Reflex“. Ideologische Rücken- deckung erhielt sie von Vytautas Landsbergis, dem ehemaligen Staatsoberhaupt Litauens, der in einem Interview mit der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ über Litauen behauptete: „Vermutlich hat kein Land so sehr unter der Sowjetherrschaft gelitten“. Und so verbindet sich antirussische Aversion mit virulentem Antisemitismus zu einem kruden ideologischen Gemisch, das sich auch im offiziellen Genozid-Museum in Vilnius wiederfindet. Die 200.000 litauischen Juden, die unter deutscher Besatzung von den Nazis und ihren Kollaborateuren ermordet wurden, werden dort einfach unter die litauischen Verluste subsumiert.

Aber nicht nur in den baltischen Staaten werden massive Anstrengungen zur Veränderung des Geschichtsbildes unternommen. In Albanien versuchte bereits 2005 die damalige Regierung unter Berisha die Erinnerung an den antifaschistischen Befreiungskampf gegen die italienischen und deutschen Truppen aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen, indem der traditionelle Gedenktag, der 29. November, zugunsten eines Erinnerungstages zur Gründung des albanischen Staates am 28. November ersetzt wurde. Trotz aller Widerstanden konnten antifaschistische Kräften bis heute das Gedenken am 29. November fortsetzen, wobei sie deutlich machten, dass es nicht um die „Verdoppelung“ eines Gedenktages geht, sondern um die Verdrängung einer historischen Perspektive (auf den antifaschistischen Kampf) durch nationalistische Identitätsbildung.

Eine ähnliche Geschichtsauseinandersetzung vollzieht sich auch im heutigen Bulgarien. Dabei geht der Streit seit langer Zeit um die Frage, welchen politischen Charakter die Regierung von 1923 hatte: War es eine faschistische Herrschaft oder eine monarchistisch-konservative Regierungsform? Dies ist in der Tat keine akademische Debatte, da sie die weitergehende

Frage einschließt, ob man sich auf diese Regierungszeit positiv beziehen kann und welchen Charakter der politische Widerstand und der Partisanenkampf gegen diese Regierung besaßen. Für die antifaschistischen Kämpfer in der faschistischen Periode, die sich gegen Verfolgung, Verhaftung, Terror und Illegalisierung wehren mussten, war dies letztlich egal. Da der antifaschistische Kampf nach der Befreiung aber auch eine politische Legitimation zum Aufbau des Sozialismus in Bulgarien war, wird dieser Paradigmenwechsel in der Einschätzung der damaligen Regierung als ideologischer Hebel zur Delegitimierung des sozialistischen Bulgariens genutzt.

Reaktionäre Geschichtspolitik findet man auch in der westlichen Ukraine. Dort wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Denkmäler beseitigt, die dem Partisanenkampf gewidmet waren, wenn sie als Ausdruck der sowjetischen Periode angesehen wurden. Diese Bilderstürmerei verbindet sich oftmals mit der Rehabilitierung ukrainischer Faschisten in den Reihen der SS oder anderer Kollaborateure.

Der Rat des westukrainischen Bezirks Ternopil stellte Ende April 2009 den Antrag bei Präsidenten Viktor Juschtschenko, die Angehörigen der ukrainischen SS-Division „Galizien“ zu rehabilitieren. Die von der neofaschistischen Partei „Swoboda“ getragene Initiative zielt darauf ab, die ukrainischen SS-Männer als „Kämpfer um die Freiheit der Ukraine“ anzuerkennen, was gleichbedeutend mit der Anerkennung eines Veteranenstatus wäre. Gleiches betreibt die Stadtverwaltung der Stadt Lwiw. Bereits am 5. März 2009 hatten deren Stadtoberen ein Denkmal für den Nazi-Kollaborateur und Führer der „Ukrainischen Aufstandsarmee“ (UPA), Roman Schuchewitsch, aufstellen lassen, der im Juli 1941 an der Spitze des Kollaborateursbataillons „Nachtigall“, das bestialische Pogrom an der jüdischen Bevölkerung Lwiws (dt. Lemberg) in Kooperation mit Wehrmachts-einheiten organisiert hatte, stand. Im Oktober 2007 wurde Schuchewitsch auf Erlass Juschtschenkos der Titel eines „Helden der Ukraine“ zuerkannt.

In Ungarn versuchen insbesondere die Rechtskräfte um FIDESZ und JOBBIK die Geschichte als Kampffeld zu besetzen.

Die – inzwischen verbotene – „Ungarische Garde“, die Kampforganisation von JOBBIK, führte ihre Aufmärsche mehrfach auf dem Heldenplatz in Budapest durch. Offen faschistische Gruppen organisierten in den vergangenen Jahren im Frühjahr Aufmärsche zum Gedenken an die SS-Einheiten, die sich in Budapest der Befreiung der Stadt durch die sowjetischen Truppen widersetzen. Zudem begann JOBBIK am 11. Juli 2009 eine Kampagne für die Beseitigung des Denkmals für die sowjetischen Befreier der Stadt Budapest. An dem Aufmarsch direkt im Angesicht der Erinnerungsstätte nahmen 2.500 Neonazis und Kämpfer der verbotenen „Ungarischen Garde“ teil. Seit dem politischen Machtwechsel in Ungarn 2010 werden die geschichtsrevisionistischen Auftritte zunehmend aggressiver. Es geht nicht mehr nur um die Rehabilitierung der Kollaboration mit der faschistischen Armee und eine Idealisierung der SS, nun wird diese Politik durch JOBBIK ergänzt um geopolitische Ansprüche durch die Infragestellung des Vertrags von Trianon. In aller Offenheit werden territoriale Forderungen gegenüber sämtlichen Nachbarstaaten erhoben, wobei die FIDESZ-Regierung sich offiziell in dieser Frage bedeckt hält.

Solche Aktivitäten zur geschichtspolitischen Umwertung finden teils staatliche Unterstützung, teils werden sie jedoch auch als störend in der großen ideologischen Auseinandersetzung angesehen, die man in Abwicklung kommunistischer Positionen insgesamt versucht. Denn SS-Nostalgiker und ihre Aktionen lösen oftmals internationale Proteste aus, die von dem eigentlichen Ziel, der Durchsetzung neuer Geschichtsbilder, ablenken. Gerade in den mittel- und osteuropäischen Staaten hat man zahlreiche Einrichtungen geschaffen, die neue totalitarismustheoretische Geschichtsperspektiven öffentlich durchsetzen sollen. Dazu gehören insbesondere die Museen zur Diktaturgeschichte in Osteuropa. Die Namen der Einrichtungen, die in aller Regel staatlich getragen und finanziert sind, sind bereits Programm: In Budapest finden wir ein „Haus des Terrors“, in



Prag das „Museum des Kommunismus“, in Vilnius das „Genozid-Museum“ und in Tallin und Riga „Okkupationsmuseen“. In Rumänien findet sich in Sighet eine zentrale „Gedenkstätte für die Opfer des Kommunismus und des Widerstands“.

Solche historische Einrichtungen spiegeln die staatliche Geschichtspolitik wider. Ganz offen bestätigte dies die ehemalige lettische Außenministerin Sandra Kalniete bereits im März 2004 auf der Leipziger Buchmesse. In ihrer Eröffnungsrede nannte sie Nazismus und Kommunismus „gleich kriminell“ und sprach sogar davon, dass nach dem Zweiten Weltkrieg der „Genozid an den Völkern Osteuropas“ seine Fortsetzung gefunden habe. Der damalige Vize-Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Salomon Korn, kritisierte, dass die frühere Außenministerin ihr Land als Opfer einer völkerrechtswidrigen Politik dargestellt, die Beteiligung der Letten am Holocaust hingegen unerwähnt gelassen habe. Während sich bundesdeutsche Medien um ein „Verständnis“ für diesen geschichtspolitischen Vorstoß bemühten, kann man aus heutiger Perspektive nur feststellen, dass Frau Kalniete das ausgesprochen hatte, was in den folgenden Jahren in den meisten baltischen Staaten geschichtspolitisches Programm wurde.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion entstand nicht nur in den baltischen Staaten das Bedürfnis, den Weg in die nationale Eigenständigkeit ideologisch abzusichern. Die politisch forcierte Ablehnung der Beteiligung an der GUS und die strategische Umorientierung in Richtung Westen (Europäische Union und NATO) sollt auch ideologisch legitimiert werden, um in der Öffentlichkeit Akzeptanz zu erreichen bzw. kritische Stimmen auszuschalten. Dabei richtete sich die ideologische Offensive dann gegen die ehemaligen Strukturen der kommunistischen Parteien als Staatsparteien, wenn sie nicht selber Teil des Transformationsprozesses geworden waren. Es ging vor allem um jene Teile der Bevölkerung, die vom ökonomischen Veränderungsprozess unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen wurden. Ihnen bot man in zweierlei Richtung eine ideologische Legiti-

mation an: Durch massive Formen von Ab- und Ausgrenzungen der russischen Minderheit, die sich zur Zeit der Sowjetunion in den baltischen Regionen angesiedelt hatte, wurde eine Gruppe von Menschen mit eingeschränkten demokratischen und Bürgerrechten geschaffen, die aus ihren angestammten Arbeitsverhältnissen verdrängt wurden und „Eingeborenen“ Platz machen mussten. Dies führte in den baltischen Staaten zu einer sozialen Korruption „einheimischer“ Beschäftigter zu Lasten der russischen Bevölkerungsteile.

Wo dies nicht ausreichte, wurde eine ideologische Legitimation verstärkt, die Umschreibung der Geschichte der sowjetischen Periode. Pauschal wird die sowjetische Periode als „zweite Okkupation“ bezeichnet, in der die Staaten ihre Eigenständigkeit und kulturelle Identität verloren hätten. Folgerichtig gilt auch jegliches Handeln gegen die Sowjetunion als „Freiheitskampf“, selbst wenn es verbunden war mit Kollaboration mit der faschistischen Okkupation, mit Massenmorden und Massakern unter der jüdischen Bevölkerung oder anderen Verbrechen. Insbesondere in den baltischen Staaten ist der „Opfermythos“ ein konstitutives Element des historischen Selbstverständnisses.

#### **4. Widerstand ist möglich und nötig**

In dieser geschichtspolitischen Auseinandersetzung ist es notwendig, alle Formen des politischen und ideologischen Widerstandes anzubieten, um eine dauerhafte Verschiebung der historischen Koordinaten der gesellschaftlichen Erinnerung zu verhindern, dem politisch-ideologischen Roll-Back der Rechtskräfte massiven Widerstand entgegenzusetzen.

Dabei kann man sich nur bedingt auf die etablierte Wissenschaft beziehen. In den vergangenen Jahren wurde erkennbar, dass nicht nur in Deutschland durch Lenkung von Forschungsmitteln, durch Beauftragung von Instituten und die Ausgrenzung von kritischen Historikern ein hoher Anpassungsdruck entwickelt wurde, der dazu führte, dass die ideologischen Vorgaben der Politik (z.B. Enquete-Kommission SED-Herrschaft etc.) fast ungebrochen umgesetzt wurden.

Wichtig sind daher politische Signale, die auf internationaler Ebene auch auf den europäischen und deutschen geschichtspolitischen Diskurs einwirken können.

Zu nennen wäre hier an vorderster Stelle die Entschließung der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 4. November 2008, in der von der überwiegenden Mehrheit der Staaten alle Versuche zur Verherrlichung der faschistischen Bewegung und der früheren Angehörigen der Waffen-SS, einschließlich der Errichtung von Denkmälern zur Glorifizierung dieser verbrecherischen Organisationen als „nationale Befreiungsbewegungen“, verurteilt wurden.

Es ist bezeichnend für die Rolle der Medien in dieser ideologischen Auseinandersetzung, dass bundesdeutsche Zeitungen und ein Großteil der politischen Öffentlichkeit diese Resolution schlicht ignorieren. Es ist für die Verhinderung von Geschichtsrevisionismus geboten, dass solche Positionen der Internationalen Gemeinschaft in den geschichtspolitischen Debatten ein stärkeres Gewicht bekommen.

Zu nennen wären aber auch die immer breiteren gesetzlichen Grundlagen des Verbots der Holocaust-Leugnung insbesondere in den europäischen Ländern. Offen faschistische Kräfte vergießen dicke Krokodilstränen um den „Verlust der Meinungsfreiheit“, dass ihr Spielraum, solche Propaganda ungestraft zu verbreiten, eingeschränkt wird. Gemeinsam mit antifaschistischen und liberalen Abgeordneten im Europäischen Parlament muss es skandalisiert werden, dass Länder eine Bestrafung der Leugnung „kommunistischer Verbrechen“ fordern, die die Holocaust-Leugnung als Ausdruck „freier Meinungsäußerung“ ansehen.

Staatspolitisch von Bedeutung ist die Gesetzgebung Russlands vom Anfang 2009, als ein Gesetz durch die Duma verabschiedet wurde, in der die Verunglimpfung der Rolle der Sowjetunion und der sowjetischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg unter Strafe gestellt wurde. Damit versucht man Geschichtsrevisionisten vom Kaliber eines Viktor Suvorovs, der in seinen Büchern

immer wieder die Behauptung propagiert, Hitler sei einem Angriffskrieg Stalins nur wenige Stunden zuvorgekommen, und anderen Fälschungen der Geschichte auch juristisch entgegenzutreten. Gleichzeitig wurde eine gesellschaftliche Historikerkommission eingesetzt, die den historischen Diskurs zu geschichtlich strittigen Fragen dieser Epoche begleiten soll.

Aber nicht allein politische Deklarationen und wissenschaftliche Entlarvungen sind notwendig, wichtig sind alle Formen gemeinsamer Aktionen gegen rechtskonservativer und neofaschistischer Geschichtsrevision und das praktische Handeln der Zivilgesellschaft, wobei diese Kräfte insbesondere in den Ländern, in denen offene Geschichtsverfälschung betrieben wird, nur wenig entwickelt sind. In den baltischen Ländern werden der Protest und die gesellschaftliche Gegenbewegung zumeist von der russischen Minderheit getragen. Wie wirksam sie sein kann, zeigten in Estland die Massenproteste gegen die Verlagerung des „Bronze Soldaten“ und in Lettland die Ergebnisse der letzten Europawahl, bei der Parteien der russischen Minderheit Mandate und damit eine internationale Stimme auch in dieser Frage bekamen.

In Ungarn wächst eine Zivilgesellschaft, in der Naziaufmärsche durch Bürgerproteste beantwortet werden. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens stellen sich schützend vor das Denkmal der sowjetischen Befreier.

In Deutschland stehen wir vor der Herausforderung des Neonazi-Aufmarsches am 13. Februar in Dresden, wo die rechten Organisatoren von bis zu 10.000 Teilnehmenden aus Deutschland und anderen europäischen Ländern träumen. Der Erfolg vom Frühjahr 2010, wo es gelang den Aufmarsch vollständig zu blockieren, zeigt die Kraft der Zivilgesellschaft, wenn sie denn gemeinsam Widerstand leistet. Das kann nicht allein das traditionelle antifaschistische Spektrum leisten, sondern dazu benötigen man auch die Friedensbewegung.